

DEUTSCHLAND



% DER ZUGESAGTEN UND BISHER REALISIERTEN ERHÖHUNGEN

31%

ZIEL FÜR 2010:
€4,526 Mrd. (\$6,529 Mrd.)

ODA 2008:
€2,701 Mrd. (\$3,897 Mrd.)

ZUWACHS 2007-08:
€356 Mio. (\$513 Mio.)

AUSGANGSLAGE 2004:
€1,88 Mrd. (\$2,712 Mio.)

ERFORDERLICHER ZUWACHS 2008-09:
€912 Mio. (\$1,316 Mrd.)

GESCHÄTZTE ERHÖHUNG 2008-09:
€493 Mio. (\$711 Mio.)

WELTWEITE ODA 2008:
€7,843 Mrd. (\$11,312 Mrd.)
 (0,31% WELTWEITE ODA/BNE)

WELCHE ZUSAGEN HAT DEUTSCHLAND GEMACHT?

„Deutschland hat sich verpflichtet, 2010 (unterstützt durch innovative Finanzierungsinstrumente) einen Anteil von 0,51 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Leistungen der Entwicklungszusammenarbeit (ODA) bereitzustellen. Bis 2015 soll dieser Anteil auf 0,7 Prozent wachsen.“

Diese Zusage hat Deutschland beim G8-Gipfel in Gleneagles 2005 gemacht. Zuvor wurde sie bereits im Rahmen des EU-Stufenplanes zur Entwicklungszusammenarbeit in Gleneagles (2005) gegeben. Die EU-Zusage sah vor, dass 50 Prozent der Zuwächse der Leistungen der Entwicklungszusammenarbeit (ODA) in die sub-saharischen Länder Afrikas fließen.

Für die Erfüllung seiner Zusage von Gleneagles müsste Deutschland die ODA-Mittel für die sub-saharischen Länder Afrikas von €1,880 Milliarden (\$2,712 Milliarden) im Jahr 2004 auf €4,526 Milliarden (\$6,529 Milliarden) in 2010 aufstocken. Gemessen an den G7-Geberländern ist dies die viertgrößte Zusage – sowohl hinsichtlich des absoluten Umfangs als auch des Anteils am prognostizierten BNE (0,19 Prozent).

ERKLÄRUNG DER DEUTSCHEN BUNDESKANZLERIN

„Wir sind uns unserer Verantwortung bewusst und werden unsere Verpflichtungen erfüllen. Die G8 steht in der Pflicht, zu erfüllen, was wir versprochen haben.“

ANGELA MERKEL

8. JUNI 2007

BEI DER BILANZ DES G8-GIPFELS IN HEILIGENDAMM¹

„Wir als Bundesregierung fühlen uns auch jetzt in der Krise und bei sinkenden Steuereinnahmen dazu verpflichtet, unsere Entwicklungsausgaben nicht zurückzufahren, sondern sie im Gegenteil zu erhöhen, weil das für die Menschen in den betreffenden Regionen ganz, ganz wichtig ist.“

ANGELA MERKEL

27. MÄRZ 2009²

GESAMTBEURTEILUNG

Trotz umfangreicher und lobenswerter Aufstockungen der Mittel für die sub-saharischen Länder Afrikas in den Jahren 2007 und 2008 liegt Deutschland gemessen am Ziel für 2010 im Rückstand. Für 2009 sind weitere erhebliche Mittelerhöhungen im Haushalt eingeplant. Das Erreichen des Ziels für 2010 ist weiterhin möglich, erfordert aber eine noch größere Aufstockung im letzten verbleibenden Haushaltsjahr.

Hinsichtlich der Wirksamkeit der EZ bewegt sich Deutschland im Durchschnitt der G7-Staaten. Die Ausgaben für die Wasser- und sanitäre Versorgung in afrikanischen Ländern südlich der Sahara waren höher als bei allen anderen G8-Ländern. Hier liegt Deutschland klar an der Spitze. Eine Spitzenposition nimmt Deutschland auch bei der Mittelbeschaffung mit Hilfe innovativer Finanzierungsinstrumente ein. So ist Deutschland beispielsweise das erste G8-Land, das Mittel für Entwicklungszusammenarbeit durch die Versteigerung von CO₂-Emissionsrechten finanziert. Wie alle anderen EU-Mitglieder auch, versäumte es Deutschland jedoch, entwicklungsfördernde Handelsreformen einzuleiten.

LIEGT DEUTSCHLAND BEI DER ERFÜLLUNG SEINER ZUSAGEN FÜR DIE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT MIT SUB-SAHARA-AFRIKA AUF KURS?

Bereinigt um bilaterale Schuldenerlasse stockte Deutschland die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit für Sub-Sahara-Afrika zwischen 2007 und 2008 um 15 Prozent bzw. €356 Millionen (\$513 Millionen) auf. Die um Schuldenerlasse bereinigte bilaterale Hilfe wuchs um 28 Prozent bzw. €253 Millionen (\$365 Millionen). Die multilateralen Beiträge Deutschlands für Afrika südlich der Sahara stiegen um 7 Prozent bzw. €103 Millionen (\$148 Millionen).

Zwischen 2004 und 2008 erhöhte Deutschland die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit für die sub-saharischen Länder Afrikas bereinigt um bilaterale Schuldenerlasse um €821 Millionen (\$1,185 Milliarden). Das entspricht einem Zuwachs von 44 Prozent. Die multilaterale Hilfe wuchs um €454 Millionen (\$655 Millionen). Der Anstieg der bilateralen Mittel betrug €367 Millionen (\$529 Millionen). ONE schätzt, dass Deutschland die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit für die Region in diesem Zeitraum um insgesamt €1,192 Milliarden (\$1,720 Milliarden) hätte erhöhen müssen, um in Bezug auf die deutsche Zusage auf Kurs zu bleiben. Bei dieser Berechnung geht ONE von gleichgroßen jährlichen Erhöhungen aus.

Schwerpunkt dieses Berichts bilden die Zusagen der G8 für Afrika südlich der Sahara. Die Mittelzuwächse für die Region sind aber im Kontext der Entwicklungen der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit weltweit zu betrachten. Seit 2004 stiegen Deutschlands Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit weltweit bereinigt um den bilateralen Schuldenerlass um €1,966 Milliarden (\$2,836 Milliarden) bzw. 34 Prozent. Allein 2008 betrug der Anstieg €849 Millionen (\$1,224 Milliarden). Durch diese Erhöhungen bis 2008 stieg der ODA-Anteil am BNE auf 0,31 Prozent.

WELCHE FORTSCHRITTE MUSS DEUTSCHLAND MACHEN, UM SEINE FINANZIERUNGSZIELE FÜR SUB-SAHARA-AFRIKA ZU ERREICHEN?

ERFORDERLICHER ZUWACHS 2008-09
€912 Mio. (\$1,316 Mrd.)

GESCHÄTZTER ZUWACHS 2008-09
€493 Mio. (\$711 Mio.)³

Bis 2010 muss Deutschland seine Zusagen für Afrika südlich der Sahara erfüllt haben. Wenn Deutschland die jährlichen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit in den kommenden beiden Jahren gleichmäßig erhöhen würde, müsste es die Mittel für die Region in 2009 um €912 Millionen (\$1,316 Milliarden) aufstocken (bereinigt um bilaterale Schuldenerlasse), um das für 2010 anvisierte Ziel zu erreichen. Daraus ergäbe sich Ausgaben von €3,614 Milliarden (\$5,213 Milliarden) und damit ein Anstieg um 33,8 Prozent gegenüber 2008.

Die mittelfristige Finanzplanung, eine nicht verbindliche Ergänzung zum Bundeshaushalt, hatte in den vergangenen drei Jahren wesentlich niedrigere Erhöhungen veranschlagt als letztendlich umgesetzt wurden. Sie kann daher nicht als Grundlage für die Berechnung zukünftiger ODA-Leistungen herangezogen werden. Eine Regierungserklärung vom Januar 2009, in der das Ziel von 0,51 Prozent bekräftigt wurde, nährt jedoch die Hoffnung, dass dieses Ziel erreicht wird.⁴

Ausgehend vom aktuellen Bundeshaushalt schätzt ONE, dass die um den bilateralen Schuldenerlass bereinigten deutschen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit weltweit 2009 um €1,094 Milliarden (\$1,578 Milliarden) auf €8,937 Milliarden (\$12,891 Milliarden) steigen werden.⁵

Aufgrund der Haushaltserhöhungen für das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) für 2009 sowie des zweiten deutschen Konjunkturpakets, welches Mittel für Infrastrukturmaßnahmen in Entwicklungsländern bereitstellt, geht ONE davon aus, dass die ODA-Mittel für Afrika südlich der Sahara um €493 Millionen (\$711 Millionen) auf €3,19 Milliarden (\$4,61 Milliarden) steigen werden. Dies würde einen erheblichen Zuwachs bedeuten. Trotz des Zuwachses läge Deutschland jedoch weiterhin unter den €912 Millionen (\$1,316 Milliarden), die erforderlich wären, um auf Kurs zu bleiben.⁶

ABBILDUNG 1

DEUTSCHLANDS ODA FÜR SUB-SAHARA-AFRIKA UND DAS ZIEL FÜR 2010

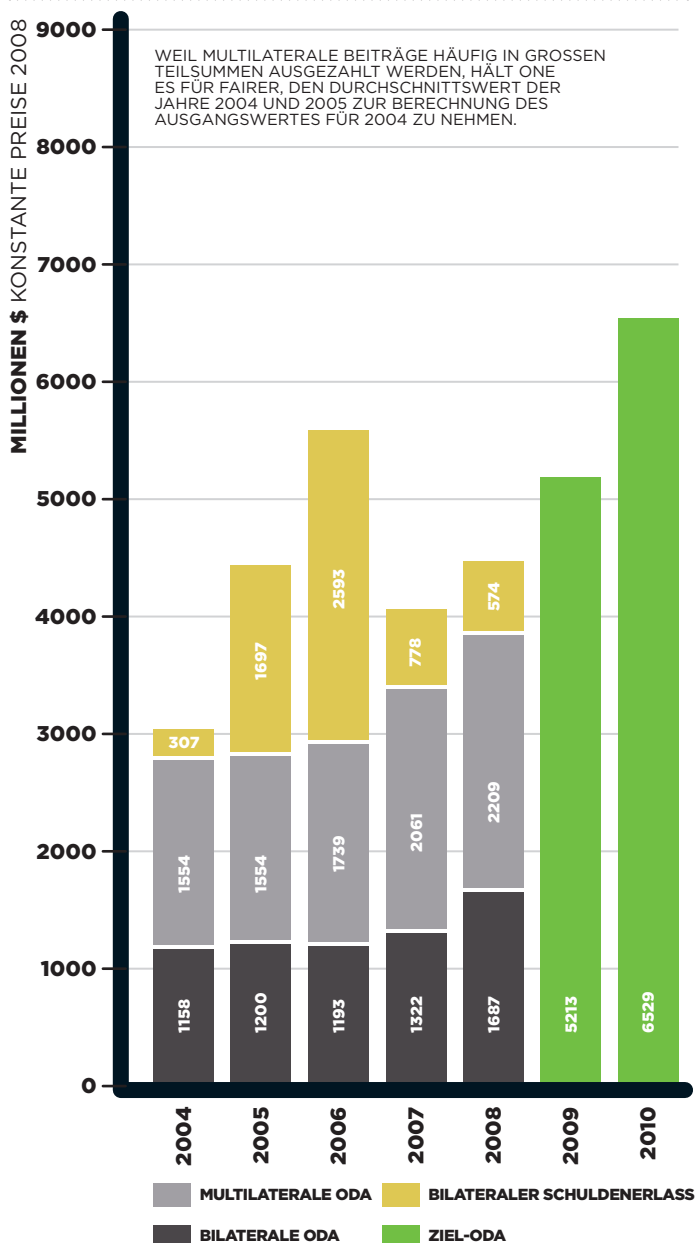


ABBILDUNG 2

WELCHE ODA-LEISTUNGEN FLOSSEN SEIT 2004?

IN MILLIONEN \$ ZU KONSTANTEN PREISEN 2008
(IN MILLIONEN € ZU KONSTANTEN PREISEN 2008)

	2004	2005	2006	2007	2008
ODA WELTWEIT GESAMT	9,166 (6,355)	12,173 (8,440)	12,404 (8,600)	13,158 (9,122)	13,910 (9,644)
BILATERALER SCHULDENERLASS (Weltweit)	690 (478)	4,205 (2,915)	3,259 (2,259)	3,070 (2,128)	2,598 (1,801)
ODA WELTWEIT GESAMT (ohne bilat. Schuldenerlass)	8,476 (5,876)	7,969 (5,525)	9,145 (6,340)	10,088 (6,994)	11,312 (7,843)
WELTWEITE ODA/BNE (ohne bilat. Schuldenerlass)	0.26%	0.24%	0.26%	0.28%	0.31%
SUMME ODA FÜR SUB-SAHARA-AFRIKA	3,393 (2,352)	4,078 (2,827)	5,524 (3,830)	4,161 (2,885)	4,471 (3,100)
BILATERALER SCHULDENERLASS (SSA)	307 (213)	1,697 (1,176)	2,593 (1,797)	778 (539)	547 (398)
MULTILATERALE ODA FÜR SSA	1,927 (1,336)	1,180 (818)	1,739 (1,206)	2,061 (1,429)	2,209 (1,532)
BILATERALE ODA FÜR SSA (ohne bilat. Schuldenerlass)	1,158 (803)	1,200 (832)	1,193 (827)	1,322 (917)	1,687 (1,170)
SUMME ODA FÜR SSA (ohne bilat. Schuldenerlass)	3,085 (2,139)	2,381 (1,651)	2,932 (2,033)	3,383 (2,346)	3,897 (2,701)
ODA FÜR SSA/BNE (ohne bilat. Schuldenerlass)	0.09%	0.07%	0.08%	0.09%	0.11%

WIRKSAMKEIT UND QUALITÄT DEUTSCHER ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

Die 2005 auf dem Hocharangigen Pariser Forum zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit verabschiedete Erklärung (Pariser Erklärung) spiegelt eine zunehmende Einigkeit darüber wider, welche Voraussetzungen gegeben sein müssen, damit Entwicklungszusammenarbeit ihre maximale Wirksamkeit entfalten kann. Diese Einigkeit wurde auf dem 2008 in Accra stattfindenden 2. Forum zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit bekräftigt und erweitert. Unter Bezugnahme auf die Pariser Erklärung einigten sich die G8-Staaten in Gleneagles darauf, „alle in der Pariser Erklärung hinsichtlich der Wirksamkeit der Entwicklungshilfe genannten Verpflichtungen umzusetzen und deren Umsetzung zu überwachen, darunter verstärkte Anstrengungen, die Entwicklungszusammenarbeit nicht an den Bezug von Waren und Dienstleistungen aus dem Geberland zu koppeln, sowie die zeitnahe und vorhersagbare sowie nach Möglichkeit über bestehende Strukturen im Partnerland erfolgende Bereitstellung der Mittel“.

Zur Ermittlung der Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit der einzelnen G7-Länder zieht ONE vier Kennziffern heran: Vorhersagbarkeit (ermittelt anhand des Umfangs, in dem geplante ODA-Mittel tatsächlich ausgezahlt werden), Transparenz und Berichterstattung (ermittelt anhand des Umfangs, in dem Mittel der Entwicklungszusammenarbeit in den Haushalten der Empfängerländer auftauchen), Rückgriff auf Systeme in den Empfängerländern (ermittelt anhand des Anteils der ODA-Mittel, der die Systeme der Empfänger nutzt) sowie das Maß, in dem die ODA vom Bezug von Waren und Dienstleistungen aus dem Geberland entkoppelt ist und in dem die Auszahlung der Mittel im Rahmen öffentlicher Ausschreibungen vor Ort erfolgt. Diese vier Kennziffern wurden sowohl aufgrund ihrer Bedeutung als auch der Verfügbarkeit entsprechender Daten ausgewählt.

Gemessen an den ONE-Kennziffern für die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit belegte Deutschland im vergangenen Jahr gemeinsam mit Kanada den zweiten Platz

unter den G7-Ländern. Im laufenden Jahr fiel Deutschland auf den vierten Platz zurück, weil andere Länder erhebliche Fortschritte erzielt hatten, Deutschland hingegen stagnierte oder wies bei einigen Indikatoren sogar eine rückläufige Entwicklung auf.

Gemessen an allen Kennziffern für die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit bewegt sich Deutschland unter den G7-Ländern jetzt im Mittelfeld.

Bei der Vorhersagbarkeit schnitt Deutschland im vergangenen Jahr gut ab. Dieses Jahr hat Deutschland an Boden verloren, was die Einhaltung der bestehenden Auszahlungszeitpläne betrifft. Hinsichtlich der Kennziffer für Transparenz und Berichterstattung, die angibt, welcher Anteil an den gesamten ODA-Mitteln in den Budgets der Empfängerländer ausgewiesen wird, gab es keine Änderung. Hier belegt Deutschland weiterhin Rang 5 unter den G7-Ländern. Diese konstant schlechte Platzierung ist ein Zeichen dafür, dass Deutschland seine Bemühungen verstärken muss, die an nichtstaatliche Organisationen fließenden Mittel für die Empfängerländer transparenter zu machen. Hinsichtlich der Transparenz bei der Verwendung der ODA-Mittel aus Deutschland sowie des Rückgriffs auf landeseigene Beschaffungssysteme, der erheblich ausgeweitet wurde, waren spürbare Verbesserungen zu verzeichnen. Dies ist wahrscheinlich weniger auf große Fortschritte in einigen der stark unterstützten Empfängerländer, als auf moderate Fortschritte in einer größeren Zahl von Ländern zurückzuführen, die ODA-Mittel aus Deutschland erhalten. Hinsichtlich der Lieferbindung bewegt sich Deutschland im Vergleich der G7-Länder weiterhin auf einem der mittleren Plätze. Dies gilt auch für den Anteil an ODA-Mitteln, der über Ausschreibungen vor Ort bereitgestellt wird.

Deutschland ist das einzige G7-Land, das einen Operationsplan für die Umsetzung der „Accra Agenda for Action“ veröffentlicht hat. Wenn dieser Maßnahmenplan vollständig umgesetzt wird, wird die Qualität der deutschen Entwicklungszusammenarbeit erheblich steigen. Hinsichtlich der Wirksamkeit seiner Entwicklungszusammenarbeit kann Deutschland damit verlorenen Boden auf die anderen G7-Staaten gutmachen.

LEISTET DEUTSCHLAND SEINEN BEITRAG BEI DER ERFÜLLUNG DER SEKTORBEZOGENEN VERPFLICHTUNGEN DER G8?

In diesem Abschnitt werden die Leistungen und die Anstrengungen Deutschlands in Bezug auf die von ONE überwachten sektorbezogenen Verpflichtungen der G8 untersucht. Im Bereich Wasser- und sanitäre Versorgung belegt Deutschland mit dem höchsten Beitrag aller G8-Staaten (\$370 Millionen) für den Wasser- und Sanitärsektor in Sub-Sahara-Afrika den Spitzenplatz.

Führend ist Deutschland auch bei den Zahlungen an die Weltbank zum Ausgleich des Verlusts an Mittelrückflüssen durch den Schuldenerlass im Rahmen der „Multilateral Debt Relief Initiative“ (MDRI). Den Spitzenplatz belegt Deutschland auch beim Einsatz innovativer Finanzierungsinstrumente. 2008 wurden erstmalig mit Hilfe innovativer Instrumente Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit generiert. Die durch den Verkauf von CO₂-Emissionsrechten generierten Mittel können eine zunehmend wichtige Quelle für zukünftige Entwicklungsmittelflüsse sein. Kritisch ist hier jedoch anzumerken, dass diese Mittel bisher nur zu einem geringen Teil nach Afrika flossen.

Dieser Abschnitt behandelt relevante Änderungen in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, sofern sie diese Sektoren betreffen. Die in diesem Abschnitt herangezogenen Zahlen des Entwicklungshilfeausschusses der OECD stammen aus dem Jahr 2007. Aktuellere Daten sind nicht verfügbar. Sofern spezifische und messbare Verpflichtungen vorliegen, die Deutschland einhalten muss, hat ONE das Land hinsichtlich der Erfüllung dieser Verpflichtungen als AUF KURS bzw. IM RÜCKSTAND eingestuft. Im Gesundheitssektor, in dem mehrere verschiedene Verpflichtungen überprüft werden, sowie bei den innovativen Finanzierungsinstrumenten, wo es keine feste Zusage gibt, erfolgt ein Fortschrittsbericht ohne Bewertung ob die Zusagen erfüllt wurden.

AUF KURS

SCHULDEN

- Zusammen mit anderen G8-Ländern verpflichtete sich Deutschland, die dafür in Frage kommenden Schulden der ärmsten Länder vollständig zu erlassen. Als Instrumente für den Schuldenerlass waren zunächst die HIPC-Initiative und im Anschluss daran der MDRI-Prozess vorgesehen.
- Wichtige Kennziffer für den Fortschritt im Schuldenbereich bildet der Umfang, in dem die Geber ihren Verpflichtungen nachkommen, die IFIs zur Kompensation fehlender Mittelrückflüsse durch entgangenen Schuldendienst zu entschädigen. Zur Deckung der Kosten des multilateralen Schuldenerlasses hat Deutschland Zusagen in Höhe von insgesamt \$3,709 Milliarden (€2,733 Milliarden) bis 2044 gegeben. Dies entspricht exakt dem vereinbarten Anteil Deutschlands.⁷
- Im Rahmen dieser Verpflichtungen sagte Deutschland für den Zeitraum von 2007 bis 2019 als Ausgleich für die der IDA im Rahmen der MDRI entgangenen Rückflüsse einen Beitrag von \$1,036 Milliarden (€763 Millionen) zu. Bis 30. Juni 2008 stellte Deutschland den vollen Beitrag in Form einer freihändig auszahlbaren Zusage bereit. Damit liegt Deutschland auf Kurs.
- Deutschland hat den HIPC-Ländern sämtliche bilateralen Schulden erlassen. Hierzu gehören auch 100 Prozent der nicht-konzessionären Schulden nach dem Stichtag („Cut-off-Date“).

WASSER- UND SANITÄRE VERSORGUNG

- In diesem Bericht wird die G8-Zusage bezüglich der Wasser- und sanitären Versorgung so interpretiert, dass ein Geber 5,5 Prozent seiner Mittel für Entwicklungszusammenarbeit mit Sub-Sahara-Afrika für diesen Sektor reservieren muss. Mit 9,07 Prozent in 2007 überbot Deutschland diese Vorgabe und wendete im Vergleich der G8-Länder den höchsten ODA-Anteil für den Wasser- und Sanitärsektor der Region auf. 2006 waren es noch 5,45 Prozent.
- 2007 gab Deutschland den höchsten Dollarbetrag aller G8-Länder für den Wasser- und Sanitärsektor der Region aus – \$370 Millionen (€257 Millionen) gegenüber \$322 Millionen (€223 Millionen) im Jahr 2006.

IM RÜCKSTAND

LANDWIRTSCHAFT

- Zum 31. Dezember 2007 war es Deutschland nicht gelungen, den Rückgang der Mittel für die landwirtschaftliche Entwicklung umzukehren. 2007 stellte die Bundesrepublik \$174,4 Millionen (€121 Millionen) für die Landwirtschaft in den afrikanischen Ländern südlich der Sahara bereit. Dies entspricht gemessen an den Mitteln aus 2006 einem Rückgang von 5,8 Prozent (etwa \$11 Millionen oder €7,6 Millionen).
- Auch wenn noch keine Zahlen von der OECD verfügbar sind, lässt sich schon jetzt konstatieren, dass Deutschland 2008 auf die Lebensmittelkrise reagierte, indem es zusätzliche Mittel für die Ernährungssicherung zur Verfügung stellte. Fast \$897 Millionen (€622 Millionen) an bilateralen Mitteln wurden für die weltweite Stärkung der Ernährungssicherung zugesagt. Etwa \$287 Millionen (€199 Millionen) davon entfielen auf afrikanische Länder südlich der Sahara, davon \$65 Millionen (€45 Millionen) in Form von Lebensmittelhilfe.⁸
- 2007 gab Deutschland \$130,56 Millionen (€91 Millionen) für Lebensmittel-Nothilfeprogramme in afrikanischen Ländern südlich der Sahara aus. Ungeachtet einiger Schwankungen investierte Deutschland zwischen 2004 und 2007 mehr in die Landwirtschaft und ländliche Infrastruktur der Region als in die Lebensmittel-Nothilfe.
- Im Rahmen der EU beteiligte sich Deutschland an der €1 Milliarde (\$1,44 Milliarden) für die Landwirtschaft in den Entwicklungsländern (ONE schätzt, dass €760 Millionen (\$1,096 Milliarden) davon zusätzlich zu den bereits in den EU-Haushalt eingestellten ODA-Mitteln sind). Die Bewilligung dieser Gelder durch die EU erfolgte im Dezember 2008. 2009 werden von dieser Summe mindestens \$1,154 Milliarden (€800 Millionen) ausgezahlt. Deutschland hat seinen Anteil an der bilateralen Aufstockung der Soforthilfereserve („Emergency Aid Reserve“) von etwa \$68 Millionen (€47 Millionen) in Form zusätzlicher Mittel geleistet.

BILDUNG

- 2007 sagte Deutschland \$179 Millionen (€124 Millionen) für die Grundschulbildung in afrikanischen Ländern südlich der Sahara zu. Gegenüber den \$66 Millionen (€46 Millionen) in 2006 stellt dies einen erheblichen Zuwachs dar. Dennoch liegt Deutschland im Rückstand. Um das Ziel des flächendeckenden Zugangs zu Grundschulbildung im südlichen Afrika zu erreichen hätte Deutschland 2007 einen Anteil von \$280 Millionen (€194 Millionen) bereitstellen müssen. Diese Aufstockung der Mittel muss anhalten, wenn Deutschland seiner Zusage von Gleneagles in Bezug auf Mittel für die Bildung bis 2010 gerecht werden will. Dies würde erfordern, dass die Bundesrepublik 2008 Mittel in Höhe von \$258 Millionen (€179 Millionen) und 2010 Mittel in Höhe von \$501 Millionen (€347 Millionen) bereitstellt.
- 41 Prozent der deutschen ODA für die Bildung im südlichen Afrika flossen 2007 in die Grundschulbildung.

HANDEL

- Über die EU ist Deutschland - ein wichtiges EU-Mitglied - bei den Verhandlungen der WTO sowie bei bilateralen Handelsverhandlungen (z. B. den EPA-Verhandlungen) vertreten. Die starre Haltung im Agrarsektor sowie das Interesse an der Öffnung der Märkte für Industriegüter und Dienstleistungen behindern weiterhin den Fortschritt bei den Verhandlungen entwicklungsfreundlicher Handelsregeln.
- Gegenwärtig handelt die EU wirtschaftliche Partnerabkommen (EPAs) mit afrikanischen Regionen aus. In ihnen ist geregelt, dass afrikanische Länder einen besseren Zugang zu EU-Märkten erhalten und im Gegenzug dafür ihre Märkte öffnen. Ihre Einführung erfolgte, nachdem das ursprüngliche Programm, das Ländern aus Afrika, der Karibik und dem pazifischen Raum den Zugang zu bestimmten Märkten eröffnete, 2007 aufgrund der fehlenden WTO-Konformität ausgelaufen war. Es gab viele Stimmen aus der Zivilgesellschaft, die sich kritisch zum EU-Modell der EPAs äußerten und den zu geringen handelspolitischen Entscheidungsspielraum für Entwicklungsländer bemängelten. Die Fragmentierung bestehender regionaler Blöcke ist auch darauf zurückzuführen, dass Länder von der EU gezwungen werden, als Teil von Verhandlungsgruppen aufzutreten, die nicht den gewachsenen Strukturen in Afrika entsprechen. Dies hat das Ziel einer Förderung des regionalen Handels und der Integration – eines der wichtigsten Ziele der EPAs – untergraben. Die Verhandlungen dauern an. In der Zwischenzeit garantieren die mit bestimmten Ländern wie Kamerun und Ghana und bestimmten Regionen wie der Ostafrikanischen Gemeinschaft (EAC) abgeschlossenen Interimsabkommen bis zum Zustandekommen der endgültigen Verträge weiterhin den privilegierten Zugang zu EU-Märkten. Das Mandat der gegenwärtigen Europäischen Kommission läuft vor den Europawahlen im Juni aus, und die nächste Kommission wird frühestens nach dem für den Oktober angesetzten Referendum zum Lissabon-Vertrag ihre Amtsgeschäfte aufnehmen. Angesichts dessen dürfte es noch einige Zeit dauern, bis endgültige Abkommen zustande kommen.

- Das „Everything But Arms“-Programm der EU garantiert den ärmsten Ländern den uneingeschränkten zoll- und quotenfreien Marktzugang für alle Güter mit Ausnahme von Waffen. Dieses Programm schließt jedoch nicht alle afrikanischen Länder ein und musste für seine komplizierten Herkunftsregelungen, die eine Inanspruchnahme erschweren, herbe Kritik einstecken.
- 2005 sagte die EU auf dem WTO-Ministertreffen in Hongkong zu, die jährlichen Mittel, die für die Beförderung des Handels bestimmt sind, für sämtliche Entwicklungsländer bis 2010 um €2 Milliarden (\$2,5 Milliarden) zu erhöhen. Zahlen der OECD zufolge belief sich der deutsche Beitrag zur Unterstützung des Handels für Afrika im Jahr 2007 auf \$845 Millionen oder €586 Millionen (nach dem vorläufigen Höchststand von \$960 Millionen oder €666 Millionen im Jahr 2005). Der Bedarf an Mitteln für die Unterstützung des Handels allein in Afrika wird auf \$12 bis 14 Milliarden pro Jahr geschätzt.
- Die Europäische Kommission zahlt im weltweiten Vergleich die höchsten Subventionen für den Agrarsektor. 2007 subventionierte die EU ihre Bauern im Rahmen ihrer gemeinschaftlichen Agrarpolitik mit insgesamt \$73,3 Milliarden (€53,5 Milliarden). Deutsche Bauern erhielten \$9,3 Milliarden (€6,8 Milliarden). Deutschland ist einer der größten Nettozahler dieses Systems.

FORTSCHRITTSBERICHT

GESUNDHEIT

- Die Gesamtausgaben für den Gesundheitssektor in den afrikanischen Ländern südlich der Sahara betragen \$321,63 Millionen (€222,98 Millionen). Dies ist ein Rückgang von 4,7 Prozent gegenüber 2006 und ein Anstieg um \$76,21 Millionen (€52,84 Millionen) bzw. 31,1 Prozent gegenüber 2004.
- Die deutschen Gesamtausgaben für den Gesundheitssektor im Jahr 2007 setzen sich wie folgt zusammen: \$173,7 Millionen (54,01 Prozent; €120,43 Millionen) zur Bekämpfung von Infektionskrankheiten, \$122,81 Millionen (38,18 Prozent; €85,14 Millionen) für Gesundheitssysteme, \$20,2 Millionen (6,28 Prozent; €14 Millionen) für die medizinische Grundversorgung sowie \$4,92 Millionen (1,53 Prozent; €3,41 Millionen) für die reproduktive Gesundheitsvorsorge.
- Für den Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria stellte Deutschland 2008 einen Beitrag von \$312,2 Millionen (€200 Millionen) bereit.
- Deutschland sagte zu, Debt2Health von 2008 bis 2010 mit bis zu \$288 Millionen (€200 Millionen) aus Umschuldungsmaßnahmen zu unterstützen. Entsprechende Vereinbarungen wurden bisher mit Indonesien (\$72 Millionen oder €50 Millionen) und Pakistan (\$58 Millionen oder €40 Millionen) getroffen.
- Die „Global Polio Eradication Initiative“ wurde 2007 von Deutschland mit \$26,2 Millionen (ca. €19 Millionen) unterstützt. Dieser Beitrag wurde für 2008 auf \$80,96 Millionen (ca. €56 Millionen) aufgestockt. Im Januar 2009 erhielt die Global Polio Eradication Initiative deutsche Mittel in Höhe von \$130 Millionen (€100 Millionen).
- Wie in den Jahren 2006 und 2007 unterstützte Deutschland die GAVI Alliance 2009 mit €4 Millionen (etwa \$6 Millionen). Es ist geplant, denselben Betrag auch in den nächsten Jahren bereitzustellen. 2008 erhielt die Allianz kein Geld aus Deutschland.⁹

AUSBLICK

Deutschland erhöhte die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit mit Sub-Sahara-Afrika 2007 und 2008 in beträchtlichem Umfang. 2009 werden sie erneut steigen. Führende deutsche Politiker erklärten, dass Entwicklungszusammenarbeit trotz – und wegen – der Finanzkrise einen hohen Stellenwert genießt. Unterstrichen wurde dies dadurch, dass Deutschland \$144 Millionen (€100 Millionen) aus seinem nationalen Konjunkturpaket für Infrastrukturprojekte in Entwicklungsländern bereitstellt. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass Deutschland die Haushaltsmittel für Entwicklungszusammenarbeit auch in Zukunft beträchtlich erhöht und dass der Großteil dieser zusätzlichen Mittel nach Sub-Sahara-Afrika fließt. Die sich über die vergangenen drei Jahre abzeichnende positive Entwicklung muss unabhängig von der parteilichen Zusammensetzung der Regierung nach den Wahlen im September 2009 fortgeführt werden. Es macht Hoffnung, dass Kabinettsmitglieder beider Koalitionsparteien für 2010 eine beträchtliche Erhöhung der ODA-Mittel in Aussicht gestellt haben. Diese zusätzlichen Mittel müssen in Form von Zuschüssen fließen, damit die afrikanischen Länder südlich der Sahara von ihnen profitieren, ohne erneut eine Überschuldung zu riskieren.¹⁰ Dadurch kann Deutschland seine internationale Glaubwürdigkeit als verantwortungsvoller Partner für die Entwicklungsländer weiter ausbauen.